

An

Empfänger laut Verteiler

Per E-Mail

Geschäftszahl: 2020-0.255.889

**Legistik und Recht; Eigenlegistik**  
**Änderung des Polizeilichen Staatsschutzgesetzes;**  
**Begutachtungsverfahren**

Das Bundesministerium für Inneres übermittelt in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Polizeiliche Staatsschutzgesetz geändert wird, samt Vorblatt, WFA und Erläuterungen. Es wird ersucht, zu diesen Vorhaben bis längstens

**12. Juni 2020**

Stellung zu nehmen.

Es wird ersucht, die Stellungnahme via E-Mail an die Adresse [bmi-III-1-stellungnahmen@bmi.gv.at](mailto:bmi-III-1-stellungnahmen@bmi.gv.at) zu senden.

Gleichzeitig wird ersucht, eine Ausfertigung der Stellungnahme zur Änderung des Polizeiliche Staatsschutzgesetz dem Präsidium des Nationalrates an die Adresse [begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at) zu senden und das Bundesministerium für Inneres hiervon in Kenntnis zu setzen.

Sollte dem Bundesministerium für Inneres bis zu diesem Termin keine Stellungnahme zukommen, wird davon ausgegangen, dass keine Bedenken gegen die Bestimmungen des Entwurfes bestehen. Die Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999; die Stellungnahmefrist im Sinne dieser Vereinbarung endet vier Wochen nach Zustellung.

15. Mai 2020

Für den Bundesminister:

SC Dr. Mathias Vogl

Elektronisch gefertigt